



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 06.06.2011

Beginn: 18:45 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele  
Herr Stadtrat Aßfalg  
Herr Stadtrat Bode  
Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Deeng  
Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Dullenkopf  
Herr Stadtrat Funk  
Frau Stadträtin Goeth  
Herr Stadtrat Hagel  
Frau Stadträtin Handtmann  
Herr Stadtrat Heinkele  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Frau Stadträtin Kapfer  
Herr Stadtrat Keil  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Rieger  
Herr Stadtrat Dr. Schmid  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Späh  
Herr Stadtrat Walter  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Wiest  
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	Bis TOP 4
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Frau Engelhardt, Kulturamt	Bis TOP 4
Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt	Bis TOP 6
Herr Kopf, Hochbauamt	Bis TOP 6
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Länge, Ordnungsamt	Bis TOP 5
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	
Herr Walz, Gebäudemanagement	
Herr Winter, Bruno-Frey-Musikschule	Bis TOP 3

Gäste

Herr Dehio, Bruno-Frey-Stiftung	Bis TOP 3
---------------------------------	-----------

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Jugend Aktiv e.V. - Jahresberichte für das Jahr 2010	72/2011
3.	Finanzierung MuBiGs-Unterricht ab 2012	82/2011
4.	Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Stadt Biberach	79/2011 - 1
5.	Überörtliche Prüfung der Bauausgaben der Stadt Biberach an der Riß in den Haushaltsjahren 2006 - 2009 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg	80/2011
6.	Neubau Räumliches Bildungszentrum - Vergaben Rohbau und Aufzug	96/2011
7.	Erschließung Baugebiet Talfeld Bauabschnitte 4 und 5	95/2011
8.	Verschiedenes	
8.1.	Sperrzeitregelung am Schützenfest	
8.2.	Beachtung der Bedürfnisse von Senioren	

Die Mitglieder wurden am 27.05.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 01.06.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1 Bürgerfragestunde**

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 72/2011 zur Information vor.

OB Fettback lässt wissen, es habe keine Gründe zur Beanstandung bei der Prüfung gegeben. Dass man jetzt nur sehr kurz ins Thema einführe stelle keine Missachtung der Arbeit von Jugend Aktiv dar. Alle Fraktionen hätten die Arbeit von Jugend Aktiv in sehr positivem Sinn bei der Vorberatung gewürdigt. Er bezeichnet es als positiv, dass Jugend Aktiv einen erweiterten Vorstand mit Fraktionsvertretern und anderen habe.

StR Späh bestätigt dies in seiner Funktion als Vereinsvorsitzender. Auch mit den Schulen pflege man eine gute Zusammenarbeit. Er dankt dem Gemeinderat für die Mittelbereitstellung und dem Geschäftsführer und dem übrigen Vorstand für die sehr produktive Arbeit.

StR Dullenkopf lässt wissen, man habe im Hauptausschuss insbesondere Herrn König für seine Arbeit gelobt, da er ein Garant für Beständigkeit und Solidität sei. Diesen Dank wolle man auf die Vorstandsmitglieder und die anderen Mitarbeiter ausdehnen. Er bezeichnet es als erfreulich, dass der Bericht in die Schulsozialarbeit und die übrige Arbeit unterteilt sei. Positiv sei auch, wie stringent die Arbeit dargestellt werde.

StR Lemli meint, das Geld sei bei Jugend Aktiv gut angelegt. Es werde eine professionelle Arbeit geleistet. Auch er lobt die Kontinuität, die ihres Gleiches suche. Dinge würden überlegt angegangen und dann umgesetzt.

Auch StRin Goeth hebt die professionelle Arbeit durch Jugend Aktiv hervor. Die Bedürfnisse der Jugendliche seien sehr im Wandel, weshalb sehr viel Engagement und Empathie von den Mitarbeitern gefordert werde, was gut gelinge.

StR Dr. Schmid schließt sich dem Lob seiner Vorredner an. Mittlerweile sei vieles gewachsen und Jugend Aktiv unverzichtbar für die Jugendarbeit. Dies sei Verdienst der vielen Mitarbeiter und der Träger, die die Arbeit von Jugend Aktiv unterstützten. Auch die befruchtende Zusammenarbeit mit der Stadt sei wichtig.

Dem Lob der Vorredner schließt sich abschließend auch StR Funk namens der FDP-Fraktion an. Dennoch weise er darauf hin, was er immer erkläre: Jugend Aktiv werde durch städtische Gelder finanziert. Daher wünsche er sich eine jährliche Abrechnung für die Fraktionen sowie eine Darlegung anhand von Zahlen, dass die Vereinsgründung richtig war, sprich dass man nur aufgrund dieser Konstellation Spenden erhalten habe, die man unter städtischer Trägerschaft nicht bekäme. Auch die Mitarbeiterzahlen und deren Entwicklung sei darzustellen.

Schulsozialarbeit gehöre nach Meinung der FDP-Fraktion zum Amt für Bildung, Betreuung und Sport, auch da man dann Synergien mit dem Kreis erwarten könne.

OB Fettback erwidert, man sehe die Schulsozialarbeit bei Jugend Aktiv richtig verortet. Gleiches gelte für die Jugendarbeit im sozialen Bereich. Er sehe die Ausführungen nicht als Prüfungsauftrag. Sofern es anders lautende Zusagen vom Kulturamt gebe, müsste mit Jugend Aktiv geklärt werden, ob sie zu einer umfangreicheren Darstellung bereit seien.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 82/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung mit einstimmiger Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 26.05.2011.

OB Fettback begrüßt Herrn Dehio von der Bruno-Frey-Stiftung in der Sitzung. Die Vorlage freue ihn unheimlich und auch dass es zu einer einstimmigen Beschlussempfehlung des Hauptausschusses gekommen sei. Die Fortführung des Projektes sei mehr als angezeigt. Man erreiche und begeistere die Grundschüler. Dass der richtige Ansatz gewählt wurde beweise auch die Übergangsquote von über 45 Prozent. Großer Dank gebühre Herrn Winter und seinen Mitarbeitern (Applaus). Er bezeichnet es als wichtig, dass das Angebot verpflichtend sei. Biberach sei auch hier wieder einmal einen Schritt voraus gewesen, denn das neue Landesförderprogramm zeige, dass man auf dem richtigen Weg sei. Ohne so tolle Stiftungen wie die Bruno-Frey-Stiftung, die Anreize setze, wären derartige Angebote nicht möglich.

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf dankt ebenfalls der Stiftung für den Anstoß dieses Projektes. Man habe Sorge gehabt, was geschehe, falls es nicht gut laufen sollte. Es sei aber verifizierbar nachgewiesen durch die Übergangsquoten, dass das Projekt ein Erfolg sei. Daher sei man gerne bereit, die Folgefinanzierung zu übernehmen.

Den Dank schickt auch StR Lemli seinen Ausführungen voraus, in denen er feststellt, MuBiGs sei auch positiv für die Integration. In der Aufstellung der Birkendorf-Schule sei wohl der Anteil der Landesförderung vergessen worden.

StRin Goeth signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler zur Weiterführung des Projekts angesichts der positiven Entwicklung. Auch die Freien Wähler dankten der Bruno-Frey-Stiftung. Kinder würden an die Musik herangeführt, die man sonst nicht erreichen würde. Die positive Wirkung der Musik auf das gesamte Verhalten sei nachgewiesen und viele hätten die Chance, Anschluss an ein Orchester zu finden. Man erreiche die unterschiedlichsten Schichten und Gruppierungen. Als wichtig bezeichnet sie es, die spielerische Komponente in den Vordergrund zu stellen.

StR Späh meint, man erziele große Erfolge mit verhältnismäßig wenig Geld. Er dankt der Bruno-Frey-Stiftung und der Bruno-Frey-Musikschule für das Engagement. Auch er meint, die Integrationsleistung von MuBiGs sei nicht zu unterschätzen.

StR Funk schließt sich dem Dank der Vorredner an, insbesondere gegenüber der Bruno-Frey-Stiftung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- **Der MuBiGs Unterricht an den Grundschulen wird über das Jahr 2012 hinaus fortgeführt.**
- **Die Kosten werden im Rahmen der Schulbudgetgestaltung sichergestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 79/2011-1 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 26.05.2011 vorbereitet und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

OB Fettback führt aus, er kämpfe seit seinem Amtsantritt für ein Mitteilungsblatt, das bislang vom Gemeinderat abgelehnt worden sei. Seit der letzten Stellenplanberatung habe sich die Situation geändert, wobei jetzt auch die Verwaltung eine andere Vorgehensweise vorschläge. Auch mit Blick auf die Medien vor Ort sei der Vorschlag, ein Redaktionsbüro einzuschalten, positiv. Wesentlich sei, dass man ein Defizit in der Informationspolitik erkannt habe, was nicht der Presse angelastet werde. Man wolle eine möglichst freie, öffentliche Meinungsbildung durch die Presse. Ein Defizit bestehe jedoch in der öffentlichen Berichterstattung von Verwaltung, politischen Organen und anderen Einrichtungen. Die Bürger wünschten sich ausführlichere Informationen, was auch daran ablesbar sei, dass die bestehenden Ortsnachrichtenblätter sehr gut angenommen würden und die meisten Städte ein Mitteilungsblatt hätten. Dort könne man die Leistungen kultureller Einrichtungen aber auch Baumaßnahmen und anderes viel breiter darstellen, als dies der Presse möglich sei. Man wolle transparent handeln und den Bürgern Einmischungsmöglichkeiten aufzeigen. Ein Mitteilungsblatt sei auch eine Form der Bürgerbeteiligung. Schließlich habe man es vermehrt mit Bürgern auf Zeit zu tun, die keine Lokalzeitung abonnierten.

StR Dullenkopf erinnert daran, die CDU-Fraktion sei lange gegen ein Mitteilungsblatt gewesen. Die Mehrheit des Gemeinderats habe im Herbst jedoch eine derartige Einrichtung gewollt. Diese Mehrheitsmeinung müsse man als Demokraten anerkennen. Die CDU-Fraktion werde daher mehrheitlich dem Mitteilungsblatt zustimmen, wobei entscheidend für die Zustimmung die externe Vergabe sei. Bei einer internen Lösung habe man Bedenken auf Grund der Belastung gehabt, die man bei einigen Stellen befürchtet hätte. Diese seien bei externer Lösung nicht mehr gegeben.

StR Lemli bemerkt, nach einem langen, holprigen Weg gehe ein langer Wunsch der SPD in Erfüllung. Die Kernstadtbewohner erhielten nun das, was die Teilortsbewohner schon lange hätten: ein Mitteilungsblatt. Er bezeichnet dies als gute Ergänzung zu den bestehenden Informationsmöglichkeiten und nicht als Konkurrenz. Positiv sei, dass die Redaktionsleistung sowie Druck und Verteilung extern erfolgen sollten.

Auch die Freien Wähler unterstützten das Mitteilungsblatt, lässt StRin Goeth wissen. Es bringe aber mehr Arbeit für die Verwaltung und die Fraktionen mit sich. Die Vorteile überwiegen. Man habe die Erfahrung gemacht, dass Kreisprojekte in allen Kreisgemeinden in den dortigen Amtsblättern bekannt gemacht werden könnten, nicht aber in der Kernstadt Biberach. Die unzureichende Haushaltsabdeckung der Schwäbischen Zeitung gerade bei Neubürgern sei ein weiteres Argument und auch Migranten leisteten sich oft keine Schwäbische Zeitung.

Unverständnis habe man gegenüber dem Wunsch der Teilorte nach einem separaten Mitteilungsblatt. Man habe die Vorstellung gehabt, dass entsprechende Seiten in das Mitteilungsblatt mit gleichen Informationsmöglichkeiten aufgenommen würden. Eines Tages werde sicher deutlich, dass eigene Ortsnachrichtenblätter in den Teilorten von Nachteil seien, da die Kernstadtbewohner nichts von den Teilorten erfahren.

OB Fettback meint, es werde im Laufe der Zeit sicher zu einem Zusammenwachsen kommen.

StR Dr. Schmid bemerkt, es liege im Zeitgeist, Bürger in politische Entscheidungen einzubeziehen und hierzu gehöre auch die entsprechende Information, was durch ein Mitteilungsblatt möglich werde. Er bezeichnet es als richtig, die Leistungen fremd zu vergeben und die Teilortsnachrichtenblätter beizubehalten. Irgendwann würden sich diese sicher erübrigen.

Nicht alles sei leistbar und die FDP-Fraktion sei überzeugt, dass ein Mitteilungsblatt mittelfristig zu zwei weiteren Stellen im Stellenplan der Stadt führen werde, bemerkt StR Funk. Eine freie Presse sei der FDP lieber als eine behördliche. Er fragt, ob die genannten Einsparungen von 30.000 bis 45.000 Euro bei öffentlichen Bekanntmachungen eine verlässliche Größe seien.

OV Aßfalg führt aus, die Ortsverwaltungen freuten sich über die gute Lösung. Man habe sehr viel Herzblut aufgebracht, um die eigenen Mitteilungsblätter zu erhalten und es sei durchaus vorstellbar, dass der ein oder andere irgendwann in das städtische Blatt übernommen werden wolle.

OV Krause stellt klar, man habe nie gegen ein städtisches Mitteilungsblatt gekämpft, sondern immer für den Erhalt der Ortsteilblätter. Diese seien in der Eingliederungsvereinbarung zugesichert und könnten nicht ohne Zustimmung des Ortschaftsrates abgeschafft werden.

OB Fettback stellt klar, man habe nie an eine ersatzlose Streichung der Ortsnachrichtenblätter gedacht.

Herr Simon lässt wissen, bisher wende man 50.000 bis 60.000 Euro für öffentliche Bekanntmachung inklusive Ausschreibungen auf. Leistungsausschreibungen und Personalstellen würden zum Teil weiterhin in der Schwäbischen Zeitung veröffentlicht. Der Rest im Mitteilungsblatt, weshalb die genannte Größenordnung eine belastbare Zahl sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) 1 Enthaltung (StR Dullenkopf) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Die Stadt Biberach gibt ab 2012 ein gesamtstädtisches Mitteilungsblatt heraus.**
- 2. a) Die Redaktionsleistung wird extern vergeben und dazu öffentlich ausgeschrieben. Die Ausschreibung umfasst die Projektvorbereitung ab Sommer 2011 sowie die Redaktionsleistung ab 2012 für zwei Jahre.**
  - b) Die in 2011 benötigten Sachmittel werden außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung ist gewährleistet durch die Sperrung der Mittel in gleicher Höhe für die Stelle eines Redakteurs. Ab 2012 erfolgt die Mittelanmeldung zum Haushalt.**
- 3. Druck und Verteilung werden extern vergeben und dazu öffentlich ausgeschrieben. Mittel hierfür werden erstmals 2012 benötigt und zum Haushalt angemeldet.**



**TOP 5 Überörtliche Prüfung der Bauausgaben der Stadt Biberach an der Riß  
in den Haushaltsjahren 2006 - 2009 durch die Gemeindeprüfungsan-  
stalt Baden-Württemberg**

**80/2011**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 80/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 26.05.11.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat nimmt gemäß § 114 Abs. 4 Satz 2 GemO vom Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Bauausgaben der Stadt Biberach an der Riß in den Jahren 2006 – 2009 Kenntnis.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 96/2011 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback bemerkt, er könne sich an keine Einzelgewerkvergabe in dieser Größenordnung erinnern.

StR Abele bestätigt dies. Er bezeichnet es als erfreulich, dass die Angebotssumme deutlich unter den berechneten Kosten liege, was hoffnungsfroh stimme, die Kostenobergrenze von 45 Mio. Euro einzuhalten. Er fragt, worin sich diese Abweichung begründe, worauf OB Fettback zu verstehen gibt, dass es bei so großen Gewerken nicht unüblich sei, dass es zu großen Kostenunterschieden zwischen Kostenschätzung und Angebot komme.

StR Keil meint, richtig erfreut werde man sein, wenn alle Kosten zu 100 Prozent ausgeschrieben seien und die Maßnahme hoffentlich ohne Nachträge abgerechnet werde. Er spricht das Gewerk Aufzug an und lässt wissen, teilweise komme es zu Problemen, wenn an eine Aufzugserstellung ein Wartungsvertrag angehängt werde und andere Firmen zuständig seien. Dies erweise sich oft als nicht praktikabel. Er bittet daher in diesem Bereich nicht nur auf den Preis zu achten.

StR Zügel bemerkt, man habe noch nie ein so großes Schulprojekt auf den Weg gebracht, weshalb auch eine so große Vergabesumme einmalig sei. Erfreulich sei, dass eine Bietergemeinschaft aus der Region den Zuschlag erhalte.

StR Späh bittet deutlich darauf zu achten, dass die Angebotssumme nicht über andere Wege nach oben geschraubt werde.

OB Fettback mahnt zur Vorsicht angesichts derartiger Spekulationen.

BM Kuhlmann unterstreicht, dass keine Sorgen berechtigt seien. In Punkto Vergabesummen habe man in den letzten Jahren ein Art Achterbahnfahrt erlebt. Ob das Gesamtbudget eingehalten werden könne, könne man daher jetzt noch nicht zusagen.

StR Dr. Nuding fällt auf, dass kein europäischer Anbieter ein Angebot abgegeben hat, weshalb er fragt, ob europaweit ausgeschrieben worden sei. Aufgrund der engen, dichten Leistung erwarte er Nachträge.

BM Kuhlmann hält entgegen, entscheidend seien die Leistungsverzeichnisse und dass die Werkplanung sorgfältig ausgearbeitet werde, was das Risiko für Nachträge verringere.

Herr Kopf lässt wissen, die Vergabesumme liege weit über dem Schwellenwert für eine EU-Ausschreibung. Allerdings habe man schon bei den IZBB-Maßnahmen die Erfahrung gemacht, dass nur sehr wenige Angebote aus dem Ausland eingingen und wenn dann nur aus Österreich. Bei Rohbauarbeiten sei dies auf Grund der großen erforderlichen Maschinen für Auswärtige nicht interessant.

Wartungsarbeiten würden für die Gewährleistungszeit immer mit der Bauleistung ausgeschrieben. Dies sei so vorgeschrieben. Nach Ablauf der Gewährleistung achte man darauf, einen Wartungsvertrag mit einem möglichst ortsnahen Anbieter abschließen zu können.

StR Funk wehrt sich gegen die immer wieder negativen Äußerungen zu Firmen, wenn es um das Thema Nachträge gehe. Nachträge seien dann erforderlich, wenn die Ausschreibung nicht sorgfältig erfolgt sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Enthaltung (StR Dullenkopf) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Die Arbeiten werden wie dargestellt an die günstigsten Bieter vergeben:**

**Rohbauarbeiten zum Angebotspreis in Höhe von 7.285.652,91 € an die Bietergemeinschaft**

**Grüner und Mühlshlegel, Biberach und Matthäus Schmid, Baltringen,**

**Aufzugsarbeiten zum Angebotspreis in Höhe von 146.530,65 € an die Fa. Brobeil, Dürmentingen**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 95/2011 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann stellt die Maßnahme kurz vor und lässt wissen, in den Bauabschnitten zwei und drei habe man nur noch fünf freie Bauplätze. Das Gebiet laufe also sehr gut. Daher wolle man die Abschnitte vier und fünf vorziehen. Dies habe auch mit der Kinderkrippe zu tun. Ziehe man die Erschließung vor, könne man 2012 die Straße und die Kinderkrippe in Betrieb nehmen.

StR Abele spricht die zeitliche Abfolge an. Im Bauausschuss am 05.05.11 sei erst das Vorziehen der Maßnahme beschlossen worden, die Ausschreibung sei ausweislich der Vorlage aber bereits am 30.04.11 erfolgt. Auch habe die Firma Kirchhoff insgesamt ein Angebot über 741.000 Euro abgegeben, weshalb ihn interessiere, ob der erste Teil bereits beschlossen sei. Er fragt weiter, welcher Haushaltsausgaberest gebildet worden sei und warum man die Maßnahme nicht 2010 abgearbeitet habe. Die Bau- und Nebenkosten von 95.000 Euro fände er ein praktikables Beispiel einmal darzulegen, was hierin beinhaltet sei.

StR Dr. Nuding fragt, ob sich Veränderungen bei den Erschließungsbeiträgen ergäben.

StR Zügel bittet mitzuteilen, ob die Finanzierung gewährleistet gewesen wäre, wenn der Haushaltsausgaberest aufgelöst worden wäre.

StR Weber meint, es werde bestes Ackerland versiegelt. Dies sei aber bereits entschieden. Allerdings habe man sich auch vorgenommen gehabt, in diesem Gebiet vorbildliches Bauen über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus zu praktizieren. Dies werde nun aber locker gehandhabt, was beim jüngsten Energieforum thematisiert worden sei.

OB Fettback erwidert, letzteres sei ihm neu. Er würde warten, dass dies dann auch ihm gegenüber kommuniziert würde. Im Talfeld werde auch verdichtete Bauweise praktiziert. Auch sei man froh darüber, ein Gebiet zur Verfügung zu haben, damit die Menschen nicht ins Umland abwandern müssten, was Verkehr produzierte und für die Umwelt auch nicht positiv wäre.

BM Kuhlmann verdeutlicht, es sei nicht üblich, vor Beschlüssen auszuschreiben. Der Haushaltsausgaberest habe sich aus deutlich günstigeren Vergaben gegenüber den Bauabschnitten eins und zwei ergeben. Im Haushalt 2011 sei eine Verpflichtungsermächtigung für den vierten und fünften Bauabschnitt vorgesehen, die nicht voll benötigt werde.

Frau Leonhardt lässt wissen, der Gemeinderat sei nur für die Vergabe der Straßenmaßnahme zuständig, da in der Eigenbetriebsverordnung geregelt sei, dass für Kanalvergaben die Verwaltung zuständig sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei zwei Enthaltungen (StRe Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Die Erd- und Straßenbauarbeiten werden an die günstigste Bieterin, Firma F. Kirchhoff Straßenbau GmbH & Co. KG Langenargen in Höhe von 419.019,30 € vergeben.**

## **TOP 8.1 Verschiedenes - Sperrzeitregelung am Schützenfest**

StR Funk bringt vor, er sei vor der Sitzung darauf angesprochen worden, dass das Ordnungsamt eine Änderung des Verfahrens in der Schützenwoche beabsichtige. Der Gigelberg werde um 24:00 Uhr geschlossen, dann strömten die Massen vom Berg in die Altstadt. Dort werde offensichtlich bislang geduldet, dass nach 24:00 Uhr ein Ausschank durch Fenster und im Freien erfolge. Wie er gehört habe, solle dies nun nicht mehr gelten und die Leute in die Lokale verwiesen werden. Aus eigener Erfahrung erachte er dies als gefährlich, da schon jetzt ein großes Gedränge herrsche, weshalb er an der gängigen Praxis nichts ändern würde.

OB Fettback verdeutlicht, nach der geltenden Rechtsverordnung sei ein Ausschank durch das offene Fenster oder im Freien nach 0:00 Uhr nicht mehr zulässig. Hintergrund sei, die Bewirtung außen unattraktiv zu machen, um die Leute rechtzeitig aus der Stadt zu bekommen. Es stelle sich nun die Frage, ob 24:00 Uhr der richtige Zeitpunkt sei. In Abstimmung mit der Polizei und der Schützendirektion habe man vereinbart, 2011 die Situation genau zu beobachten und erst nach Schützen anhand dieser Erkenntnisse eine Entscheidung zu treffen. Die Gastwirte seien auf die geltende Rechtsverordnung hingewiesen worden.

## **TOP 8.2 Verschiedenes - Beachtung der Bedürfnis von Senioren**

StRin Goeth lobt die Stadt dafür, sich auf die Bedürfnisse von Senioren einzulassen. Als Beispiel nennt sie die Tatsache, dass ein großer Teil der Verwaltung den Alterssimulationsanzug getestet und Einrichtungen auf ihre Barrierefreiheit untersucht habe.

Ferner lobt sie die Stadtwerke, die mit Vertretern des Stadtseniorenrates und Betroffenen neue Bordcomputer in zwei Testfahrten geprüft hätten. Sie ermuntert, auf diesem Weg weiter zu machen.

OB Fettback fügt an, der Aufsichtsrat der Stadtwerke habe überdies beschlossen, am Bahnhof und der Haltestelle Marktplatz akustische Signalgeber zu montieren.

**Gemeinderat, 06.06.2011, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: .....

OB Fettback

Stadtrat: .....

Wiest

Stadtrat: .....

Keil

Schriftführerin: .....

Appel

Gesehen: .....

EBM Wersch

Gesehen: .....

BM Kuhlmann